



Werte statt Wachstum – für ein Umdenken in der politischen Zielsetzung

Beschlossen auf der Landesmitgliederversammlung der Grünen Jugend Bayern am 9.10.2010 in Augsburg.

Wirtschaftswachstum – das BIP

Als wirtschaftspolitische Zielsetzung wird häufig Wirtschaftswachstum und als Indikator für dieses das Bruttoinlandsprodukt (BIP) genannt.

Dieses hat jedoch einige Schwachstellen, die seine Verwendbarkeit als politisches Ziel einschränken: So berücksichtigt es zum Beispiel weder Folgekosten der Produktion wie Umweltschäden, die kompensiert werden müssen, noch immateriellen Wohlstand.

Ebenso sagt das BIP nichts über die Bildung der BürgerInnen oder die gerechte Verteilung der Güter aus, deren Produktion es indiziert: die soziale Spaltung oder eine gesicherte Gesundheitsversorgung für alle bleiben unberücksichtigt.

Das Wachstum des BIP ist also als Zielsetzung kritisch zu betrachten – insbesondere sein Verhältnis zu Wohlstand, Umwelt und seine Grenzen.

Wachstum und Wohlstand

Mehrere Studien zur Zufriedenheitsmessung haben gezeigt, dass ein positiver Zusammenhang zwischen materiellem Reichtum und Zufriedenheit nicht zwingend gegeben ist. Vor allem hat sich herausgestellt, dass ab einem gewissen Grad an Pro-Kopf-Einkommen jegliche Korrelation von Einkommen und Zufriedenheit zusammenbricht.

Wachstum bedingt also nicht notwendigerweise Wohlstandsgewinn.

Wachstum kann sich im Gegenteil sogar negativ auf heutigen und zukünftigen Wohlstand auswirken, wenn heute zu Gunsten eines Wirtschaftswachstums Ressourcen verbraucht werden, die die Lebensgrundlage in der Zukunft darstellen. Wenn die Kosten für Produktion werden in die Zukunft verlagert werden, widerspricht dies aufs Schärfste grünen Grundüberzeugungen.

Wird Wohlstand auch durch Wohlbefinden definiert, so erzeugt die Wachstumsfixierung einen übermäßigen Leistungsdruck in der Gesellschaft, woraufhin Wohlfahrtsfaktoren negativ beeinflusst werden.

Außerdem kann beobachtet werden, dass gesamtwirtschaftliches Wachstum oftmals nur durch einen kleinen Teil der Bevölkerung hervorgerufen wird. Daraus ergibt sich natürlich eine ungleichmäßige Wohlstandsverteilung – dies hat über die Jahre dazu geführt, dass wir zum Beispiel in Deutschland zehn Prozent der Bevölkerung haben, die 60 % des Vermögens besitzen.

Wachstum führt also nicht zwingend zu Wohlstand, ebenso wie Wohlstand nicht zwingend Wachstum erfordert.

Die Grenzen des Wachstums

1972 veröffentlichte der Club of Rome eine Studie über die Grenzen des Wachstums. Durch eine Zunahme des Nahrungsmittelbedarfs, des Ressourcenverbrauchs, des Umweltverbrauchs, der steigenden Weltbevölkerung und der fortschreitenden Industrialisierung entzieht sich unsere Wirtschaft selbst ihre Grundlagen.

Wachstum in diesen fünf Bereichen wirkt sich zwar zunächst positiv auf die Wirtschaft aus, hat aber negative Spätfolgen: die nichterneuerbaren Ressourcen werden irgendwann erschöpft sein, die Erde bietet nur begrenzte Voraussetzungen zur Nahrungsmittelproduktion und damit der Grundlage menschlichen Lebens und Umweltzerstörung schränkt die Lebensweise aller Menschen in schwer bis nichtreparabler Weise ein.

„Blindes“ Wachstum gefährdet sich demnach selbst.

Folgerungen

Der blinde Wachstumszwang in seinem globalen Ausmaß hat zu drei entscheidenden Krisen geführt: der heute unübersehbaren Klimakrise, der Ressourcenkrise und der Finanzkrise. Es ist kein Zufall,

dass diese Krisenphänomene so frequentiert in Erscheinung treten, denn an ihnen lässt sich ablesen, dass unser Planet durch unsere Wirtschafts- und Produktionsweise an seine ökologischen Grenzen stößt, dass Wachstum immer an endliche Faktoren gekoppelt ist und daher nicht unbegrenzt sein kann und dass kurzfristige und aus realwirtschaftlicher Sicht absurde Spekulationen keine nachhaltige Entwicklung fördern.

Doch auch in unserer Gesellschaft selbst zieht der Wachstumsfetisch seine Kreise. Egal ob Umwelt, Gesundheit oder Bildung: kaum ein Bereich in dem es nicht um Leistungsdruck und Rendite geht. Als GRÜNE JUGEND BAYERN muss es unser Ziel sein, wirtschaftspolitische Ziele selbst neu zu definieren und neu zu gestalten, sowie gesellschaftliche Bereiche, denen diese unbedingte Wachstumslogik nach und nach übergestülpt wurde, wieder „einen Wert an sich“ zukommen zu lassen.

Um diesen Prozess in die Wege zu leiten fordern wir, dass Bildung nicht länger wirtschaftlichen Interessen ausgesetzt werden darf. Leistungs- und Lerndruck sowie die wirtschaftsnahe Ausrichtungen vieler Studiengänge müssen ein Ende finden, damit die Schule wieder ein Platz der individuellen Entfaltung wird und Bildung nicht länger ein Baustein zur Ökonomisierung unserer Gesellschaft ist. Im Rahmen nachhaltigen Wirtschaftens fordern wir außerdem, dass sowohl Mensch und Natur zum Zentrum unserer wirtschaftlichen Anstrengungen werden. Für die Menschen heißt das, dass es keinen finanziellen „Zwang“ zur Arbeit geben darf. Arbeit muss wieder einen Wert an sich erfahren, dem man als Mensch gerne nachgeht. Faire Löhne, eine Verkürzung der Arbeitszeit, ein existenzsichernder Mindestlohn, sowie ein bedingungsloses Grundeinkommen sind wichtige Schritte in diese Richtung. Unter nachhaltigem Wirtschaften verstehen wir die Entkopplung von wirtschaftlichem Wachstum von Ressourcenverschwendung und klimaanverträglichem Produzieren. Unsere Industrie muss an erneuerbare Energien, nachhaltige Ressourcennutzung und strenge Finanzmarktkontrollen herangeführt werden und eine dahingehende Umstrukturierung erfahren. Für diese Bereiche muss es ökologische Leitplanken, im Sinne eines effektiven und strengen finanzwirtschaftlichen Ordnungsrahmens geben. Eine ökologische Steuerreform ohne Ausnahmeregelungen für KlimasünderInnen, eine „Forschungsoffensive“ im Bereich erneuerbarer Technologien sowie zinsgünstige Kredite und Umweltsubventionen müssen es für unsere Wirtschaft rentabel machen, klimafreundlich, ressourcenverträglich und energieeffizient zu Produzieren.

Nicht zuletzt halten wir es auch für falsch und realitätsfern, diese Entscheidungen an die Existenz eines drei-prozentigen Wachstums des BIP zu knüpfen. Soziales und ökologisches Handeln des Staates darf nicht nur in bestimmten ökonomischen Situationen erfolgen – wir sind uns deshalb auch im klaren, dass für das Erreichen unserer Ziele Steuererhöhungen notwendig sind. Wir fordern deshalb neben der ökologischen Steuerreform auch eine Erhöhung des Spitzensatzes der Einkommensteuer, sowie eine verstärkte Besteuerung von Vermögen, insbesondere eine Reform der Erbschaftsteuer und eine Wiedereinführung einer (verfassungskonformen) Vermögensteuer.

Zwar lehnen wir Wirtschaftswachstum als Ergebnis nicht ab, halten es aber für falsch, dieses als Ziel oder gar Voraussetzung für politisches Handeln zu sehen. Wir setzen uns deshalb für differenzierte Ziele, wie Bildung, die Förderung erneuerbarer Energien und Armutsbekämpfung, ein. Wichtig für uns ist es, eine Steigerung der Lebensqualität der Menschen zu ermöglichen. Wir wissen in diesem Kontext, dass man kein „Glück per Gesetz“ erlassen kann. Wirtschaft und Gesellschaft sind nur allzu häufig zwei Seiten der gleichen Medaille, die in Korrelation zueinander stehen und von einander abhängig sind. Politik kann keine der beiden Seiten kontrollieren, sondern nur intelligente Rahmenbedingungen finden, um aus unserer Sicht, eine lebenswerte Gesellschaft sowie eine klimafreundliche Wirtschaft zu ermöglichen. Wir haben keinen „Masterplan“ um die Lebensqualität unserer Mitmenschen systematisch zu erhöhen. Wir wissen aber, dass wir die momentane Form unserer wirtschaftlichen Ausrichtung und ihre Vereinnahmung der Gesellschaft ablehnen. Indem wir versuchen, die Gesellschaft von Rendite- und Leistungsdenken zu befreien und die Menschen wieder an unseren wirtschaftlichen Erfolgen fair zu beteiligen, erhoffen wir uns eine verbesserte Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger, sowie einen Prozess zur Öffnung und zur verbreiterten Toleranz in unserer Gesellschaft.